



Zur Sicherheit Pistolen

Wenn Journalisten in Peru und Venezuela kritisch berichten

Politische Einflussnahme, gewalttätige Angriffe gegen Journalisten und wirtschaftlicher Druck stürzen die Medien in Venezuela in eine tiefe Krise. Die Situation erinnert an die Zeiten des Fujimorismo in Peru, und weist doch ihre Eigenheiten auf. Gemeinsam ist beiden Ländern, dass die Medien selbst Einfluss genommen haben auf ihre jeweilige Entwicklung. In Lima hatten Journalisten aus Peru und Venezuela Gelegenheit, kritisch zu reflektieren.

Roberto Gonzales und Pablo Delgado (beide Namen geändert) besitzen Pistolen. Gonzales, bis vor zwei Jahren investigativer Journalist in Peru, trägt seine Waffe nur noch selten bei sich. Delgado, Moderator eines privaten venezolanischen TV-Senders, hat seine immer dabei. In der Redaktion liegt sie in der Schublade unter dem Schreibtisch. Die Kollegen wissen davon. Die beiden Journalisten haben sich die Waffen zur Selbstverteidigung angeschafft. Sie wurden massiv bedroht. Auf die Frage, ob nicht die Polizei für ihre Sicherheit sorgen könne, verziehen beide das Gesicht zu einem abfälligen Grinsen.

Der Grund für die Bedrohung ist ihr Beruf. In vielen Ländern Lateinamerikas leben Journalisten gefährlich. Ihre Arbeit macht sie zum Ziel von Beschimpfungen, Drohungen, Einflussnahme und Anschlägen. Für 2002 zählt Espacio Público in Venezuela knapp 150 Angriffe auf die Pressefreiheit und Übergriffe auf Journalisten, in Peru waren es nach einer Statistik des nationalen Presseverbandes (ANP) im Jahresverlauf etwa 80. Im Vergleich zum Jahr 2000 hat sich die Situation im Andenstaat demnach deutlich entspannt. Venezolanische Journalisten verbinden mit Peru deshalb eine Menge Hoffnungen.

Den Kollegen ist gelungen, wovon die große Mehrzahl der Redakteure in Venezuela derzeit nur zu träumen wagt: Letztlich war der Berichterstattung in den Medien zu verdanken, dass Perus ehemaliger Präsident Alberto Fujimori im November 2000 nach massiven Korruptionsvorwürfen fluchtartig das Land verlassen musste.

Den Rücktritt ihres Präsidenten Hugo Chávez, zumindest die grundlegende Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen, wünschen sich auch die meisten Journalisten in Venezuela. Davon allerdings kann derzeit keine Rede sein. Im Gegenteil, die Situation verschärft sich kontinuierlich. Der Präsident hat den Medien den Krieg erklärt.

Das plötzliche Ende des Fujimorismo in Peru hatten verdeckte Videoaufnahmen eingeleitet. Die nach seinem Vorna-



men benannten „Vladivideos“ zeigten Geheimdienstchef Vladimiro Montesinos bei der Geldübergabe. Die Bilder überstiegen alle Vorstellungen. Selbst regimetreue Medien gaben ihre Zurückhaltung auf. In täglicher Abfolge deckten die Journalisten immer neue Korruptionsfälle auf. Ein Skandal jagte den anderen.

Seit dem politischen Wechsel herrscht in den peruanischen Redaktionen nach lateinamerikanischen Maßstäben wieder so etwas wie Pressefreiheit. Kritische Journalisten müssen nicht länger mit Repressalien rechnen. Bedrohung, Mani-

pulation, offene und verdeckte Zensur durch Regierung und Geheimdienst sind kein Thema mehr. „Hätten wir vor zwei Jahren (unter Fujimori) darüber gesprochen, wären wir hier vom Fleck weg verhaftet worden“, erinnert der Journalist Ricardo Uceda während eines Seminars der Konrad-Adenauer-Stiftung in Lima. Neben ihm und einigen Kollegen aus Peru saßen acht venezolanische Journalisten am Tisch. In Lima hatten sie Gelegenheit, über ihre Situation und die ihrer Zeitungen und Fernsehsender ausführlich zu berichten.

Das venezolanisch-peruanische Treffen – in der Form und diesem Umfang das erste seiner Art – offenbarte schnell, dass bei allen gemeinsamen Schwierigkeiten zwischen beiden Ländern eine Menge Unterschiede bestehen. „Chavez spricht viel über und gegen die Medien, Fujimori sagte fast gar nichts“, erklärte Uceda.

Anders als im Peru der frühen siebziger Jahre ging der Fujimorismo in den Neunzigern nicht mit höchstrichterlichen Verboten oder lautstarken Drohungen gegen die Journalisten vor. Das Ziel war nicht die Abschaffung regimiekritischer Medien, wie sie Chavez für Venezuela

Perus Ex-Präsident Fujimori knebelte die Medien, indem er die Macher kaufte.



androht. Stattdessen „kaufte“ Fujimori die Medien. Die Eigentümer so mancher Sender und Zeitungen ließen sich gleich reihenweise bestechen. Erpressung oder Drohungen waren gar nicht nötig – die Befriedigung ihrer Geldgier reichte völlig aus, um sich die Chefetagen gefügig zu machen.

Mit verdeckter Kamera aber zeichnete der peruanische Geheimdienst auch diese Geldübergaben auf. Als die Vladivideos über alle Kanäle flimmerten, rollten nicht nur Politikerköpfe. Der frühere Chef von Panamericana Television, Ernesto Schütz, sitzt im Gefängnis. Vicente Silva Checa, ehemals die Nummer 1 von CCN (Kabelnachrichtenkanal), ist ebenfalls hinter Gittern. Die früheren Haupteigentümer von America TV, Jose Enrique und Jose Francisco Crousillat, entzogen sich ihrer Verhaftung durch Flucht ins Ausland, ganz so wie Fujimori selbst.

In Venezuela ist die Situation anders. Zumindest bisher lässt sich nicht belegen, dass die Regierung Chávez versucht, die Medien über Bestechung gezielt zu unterwandern. Stattdessen mobilisiert sie ihre Anhänger auf der Straße und erklärt

gleichzeitig die Medien zur Hauptursache für die politisch motivierte Gewalt in Venezuela.

Wiederholt flogen Sprengsätze auf TV-Sender, Reporter trauen sich nur noch in kugelsicherer Weste und anonymen Fahrzeugen auf die Straße. Vor den Gebäuden hindern Chávez-Anhänger die Journalisten daran, in die Redaktionen zurückzukehren. Sachbeschädigungen und Handgreiflichkeiten sind eher die Regel als die Ausnahme. Und keiner der Täter muss befürchten, strafrechtlich verfolgt zu werden.

Die privaten Sender sind von Regierungsinformationen praktisch abgeschnitten. Sie berichten fast ausnahmslos über die Aktivitäten der Opposition. Einzig der öffentlich-rechtliche Kanal 8 wird mit offiziellen Meldungen bedient. Er strahlt laufend Regierungserklärungen aus, bis zu vier am Tag. Per „Zwangsschalte“ (cadenas) müssen die Verlautbarungen dann auch von den anderen Sendern verbreitet werden. Verstöße ahndet der Staat mit Geldbußen. Bei „Angriffen auf staatliche Institutionen und Personen“ droht nach dem neuen „Gesetz über die soziale Verantwortung

der Medien“ der Entzug der Sendelizenz. Nachrichtenprogramme sind gezwungen, zum „Schutz der Jugend“ täglich mindestens drei Stunden mit Kindersendungen zu füllen.

Die populistische Stimmungsmache gegen die Medien mag in Venezuela die Ursache sein für die zahlreichen Angriffe gegen Journalisten und die Anschläge auf die Sendergebäude. Aber, auch das muss gesagt sein, sie fällt auf fruchtbaren Boden. „Schlechte Arbeit“ der politischen Vertreter, räumt Miguel Angel Rodriguez (RCTV) ein, habe in den neunziger Jahren dazu geführt, dass über Politik und Politiker im venezolanischen Fernsehen nicht oder grundsätzlich negativ berichtet wurde. Demokratische Institutionen bis hin zum Parlament seien dadurch insgesamt in Verruf geraten, konstatiert Elvia Gomez von El Universal. Die Berichterstattung selbst sei zum „politischen Akt“ mutiert, Journalisten verstünden sich als politische Vorkämpfer der einen oder anderen Seite, ergänzt Nelson Rivera (El Nacional).

Anhänger der Regierung müssten damit rechnen, von den Fragen des Journalisten achtmal „unterbrochen“ zu werden, ein Vertreter der Opposition hingegen dürfe mehr oder weniger „ungebremst“ reden, erläutert Andrés Cañizales von der Zeitschrift Comunicación. Das Interview beende der Reporter dann auch schon mal mit einer handfesten Meinungsäußerung („Gut, dass Sie einen Streik organisieren.“). In der Überzeugung, für das „Gute“ einzutreten, verletzten Journalisten auf diese Weise nicht selten ihre gesellschaftliche Verantwortung, so Rivera. Und nicht nur sie.

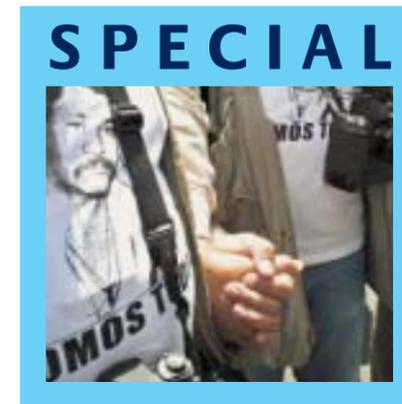
Wiederholt reagierten die Verantwortlichen der venezolanischen Medien mit Selbstzensur auf die Vorgänge in den Straßen der Hauptstadt. Die massiven Plünderungen und Gewalttätigkeiten vom 12. und 13. April des vergangenen Jahres tauchten im Programm von RCTV an keiner Stelle auf. Zur Begründung hieß es, man habe die Stimmung nicht noch zusätzlich anheizen wollen. Warum aber, fragen die Zeitungskollegen, sei auch in den Tagen danach nichts darüber berich-

tet worden? Der Journalist Andrés Izarra verlor seinen Job, als er darüber informieren wollte, dass Chávez nach dem Putsch vom vergangenen Jahr wieder an die Macht zurückzukommen versuche und dazu Vorbereitungen treffe. Dafür habe die Bestätigung gefehlt, erklärte sein Arbeitgeber, und stellte die Kündigung aus. Chavez kam zurück an die Macht. Für Elvia Gomez ist er damit auch ein „Produkt der Medien“.

Die argumentieren heute, dass der Präsident nach dem Motto „Wer nicht für mich ist, ist gegen mich“ ausgewogene Berichterstattung und fundierte Analyse unmöglich mache. Allerdings war Qualitätsjournalismus auch in der Zeit vor Chávez nicht gerade ein nationales Markenzeichen der venezolanischen Medienlandschaft, allen voran des privaten Fernsehens. Beim Seminar in Lima spricht Rodriguez für die neunziger Jahre freimütig von „Show-TV“.

Für die Medien in Peru, wenigstens für die renommierten Zeitungen und politischen Wochenmagazine wie Caretas, lässt sich demgegenüber eine durchaus positive Lanze brechen. Sie berichteten nicht nur über die Verbrechen des terroristischen „Leuchtenden Pfades“. Ab 1992, nach der Verhaftung des Anführers der Gruppe, Abimael Guzman, deckten sie auch zahlreiche von Armee und Geheimdienst im Kampf gegen die Terroristen begangene Menschenrechtsverletzungen auf. Fast schon bescheiden mutet an, wenn Edmundo Cruz, Leiter der investigativen Abteilung von La República, für diese Zeit schlicht von „professioneller Arbeit“ spricht. Denn er und seine Kollegen gingen damit hohe Risiken ein. Nicht nur, dass sie auf Schritt und Tritt überwacht und ihre Telefonate abgehört wurden; ihnen drohte neben Verhaftung auch Gefahr für Leib und Leben.

Nachdem Fabián Salazar, damals ebenfalls für La República im Einsatz, einem Kontaktmann Ende Mai 2000 telefonisch berichtet hatte, dass ihm Aufnahmen über die Bestechung von Politikern vorlägen, brachen vier Unbekannte in sein Haus ein, stahlen die Videos und schnitten dem Journalisten fast den Arm



ab. Für die Tat machen die Medien den peruanischen Geheimdienst verantwortlich. Von den Tätern aber fehlt bis heute jede Spur.

Aber auch die Journalisten in Peru hatten und haben mit Selbstzensur zu kämpfen. In den privaten Medien des Landes waren und sind Herausgeber und Direktoren schnell dabei, „kurz zum Hörer zu greifen“, wenn ihnen der eine oder andere Beitrag oder Artikel „zu weit geht“.

So mancher Journalist hat aus der äußeren Bedrohung und der internen Einflussnahme die Konsequenzen gezogen, auch wenn lange Zeit nicht bekannt war, wer in den Führungsetagen der Medienhäuser bestochen wurde. Der eingangs erwähnte Roberto Gonzales arbeitet inzwischen für eine Nichtregierungsorganisation. Er beklagt, das Fernsehen in Peru sei heute freier, aber auch schlechter als noch zu Zeiten des Fujimorismo. Die investigativen Abteilungen der Zeitungen und TV-Sender werden seit dem politischen Wechsel schrittweise verkleinert. Viele renommierte Journalisten sind inzwischen bei Presseverbänden und Universitäten in Lohn und Brot.

In den nach allen Korruptionsskandalen verwaisten Chefetagen regieren Manager, deren wichtigste Aufgabe darin besteht, die vielfach hochverschuldeten Unternehmen wieder in die Gewinnzone zu befördern und an nationale und internationale Interessenten zu verkaufen. Teurer investigativer Journalismus bietet dafür kaum das geeignete Werbeumfeld. Qualitativ hochwertige journalistische Arbeit hat deshalb einen schweren Stand

gegen massenattraktive Unterhaltung. Nicht anders in Venezuela: Mit circa 60 Prozent ist der Anteil an Eigenproduktionen bei RCTV vergleichsweise hoch. Aufwändige Informationsbeiträge sind unter den gegebenen Umständen allerdings kaum mehr zu realisieren. Die gravierenden wirtschaftlichen Probleme des Landes spielen dabei eine vielleicht ebenso große Rolle wie die politische Situation; die Werbegelder bleiben aus. Was aus dem Ausland eingekauft wird, muss „Quote bringen“. Und das sind nun mal eher Seifenopern als politische Magazine.

Auch in Venezuela sind die Medien, insbesondere die TV-Anbieter, also offen für Investoren. Und das können, wie im Falle des finanziell stark angeschlagenen Senders Televen, auch die venezolanische Regierung bzw. Regierungsanhänger sein. Gerüchte über den bevorstehenden Verkauf von Anteilen an regierungsnahen Kapitalgeber halten sich hartnäckig. Ohne viel Phantasie lässt sich voraussagen, was deren Beteiligung für die journalistische Unabhängigkeit des Unternehmens und der im Hause beschäftigten Journalisten bedeuten würden.

Die journalistische Verantwortung der Redakteure und ihr Anspruch, professionell und ausgewogen zu berichten, stehen nicht selten im völligen Widerspruch zu den berechtigten oder unlauteren wirtschaftlichen Interessen der Eigentümer. Selbstzensur hat viele Facetten. Im schlimmsten Fall entscheidet allein die Finanzlage der Medienunternehmen, wieviel Ethik sich der Journalist bei der Arbeit „leisten“ kann. Oder aber auch, ab wann die Risiken des Berufs für ihn nicht mehr überschaubar sind. Denn eines ist klar: Wenn die Führungsetagen selbst nicht mehr dazu bereit oder in der Lage sind, kritischen Journalismus zu pflegen, schützen sie auch nicht ihre Mitarbeiter. Roberto Gonzales und Pablo Delgado werden ihre Pistolen in nächster Zeit wohl nicht abgeben.

PAUL LINNARZ
LEITER DES REGIONALPROGRAMMS
„MEDIEN UND DEMOKRATIE
IN LATEINAMERIKA“ DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Venezuelas Präsident Chavez: Er mobilisiert seine Anhänger gegen die Medien.

